



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/267 - 16.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Vorschau auf Straßburg	S. 1
Der Kommunismus in Italien	S. 3
Pieck verkauft Arbeitsklaven	S. 5
Saar-Hoffmann baut vor	S. 6
Streit um Mieten	S. 7

D o c h K l e i n e u r o p a ?

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.,
Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats

Am 26. November beginnt die Wintersession der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg. Der Europarat ist für die französische Regierung eines der wesentlichsten Instrumente ihrer Politik. Man hat schwere wirtschaftlich-soziale Sorgen in Paris; Deutschland kommt bald oder später aus dem Besatzungsregime heraus, Frankreich möchte für Bändigung und möglichst weitere Ausnutzung der deutschen Kraft in europäisch aufgemachten Statuten Vorsorge treffen.

Aber es geht alles nicht so leicht. Der Schuman-Plan ist bisher nur in einem Teilnehmerstaate, den Niederlanden, ratifiziert worden. In Belgien gibt es große Widerstände. Der belgische Senatspräsident Struye benutzte auf der letzten Tagung des politischen Ausschusses der Beratenden Versammlung in Paris das Bild, der Schuman-Plan habe Blei in den Flügeln. Ein hervorragender englischer Kenner der europäischen Probleme meinte, der Schuman-Plan werde in zwei Jahren noch nicht ratifiziert sein. Und ohne Abänderung in seiner undemokratischen Struktur wird er es wahrscheinlich nie werden.

Auch die Expertenberatungen über die Schaffung einer Europaarmee sind festgefahren, und eine Zusammenkunft der Außenminister

soll sie wieder flott machen. In dieser Situation hat sich Robert Schuman, der französische Außenminister, entschlossen, eine neue Offensive zu starten und sie auch in Straßburg vorwärts zu treiben. Er glaubt, daß die Schwierigkeiten bei der Kohle- und Stahlunion und in noch höherem Grade bei der Schaffung einer europäischen Armee aus dem Fehlen einer europäischen politischen Behörde entspringe. Daher seine - übrigens noch vagen - Vorschläge zur Schaffung eines politischen Pools, in dem auch die Fragen der Finanzierung und des Einsatzes der europäischen Armee gelöst werden könnten.

Der Vorschlag Schumans hat auch in Frankreich selbst viel Gegner gefunden. Woraus könnte denn diese politische Union bestehen? Doch nur aus dem tête-à-tête Deutschland-Frankreich, meint der frühere Ministerpräsident Ramadier. Italien und die Beneluxländer wären nur schmückendes Beiwerk. Nun, in Italien scheint man für die Föderation um jeden Preis zu sein. In den Beneluxländern, insbesondere in Belgien, verspürt man wenig Begeisterung für Kleinsteuropa.

Der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Guy Mollet, brachte im September den "Zweiten Schuman-Plan" in den politischen Ausschuß der Beratenden Versammlung in der Absicht, den Plan als Vorschlag des Ausschusses auf die Tagesordnung der kommenden Wintersession zu setzen. Dieser Plan fand aber so reservierte und kritische Aufnahme, daß das Projekt aufgegeben werden mußte. Der Belgier Struye schlug dem Ausschuß in seiner letzten Sitzung Anfang November vor, die geplante Politische Union eng zu begrenzen auf die Fragen, die sich zwangsläufig aus der Verwirklichung des Schuman-Plans und des Plevens-Plans ergeben. Aber auch dieser geschrumpfte neue Schuman-Plan fand erhebliche Widerstände und dies nicht nur auf Seiten des Vertreters der deutschen Sozialdemokraten.

Es wird also kein Vorschlag des Ausschusses zur Schaffung einer politischen europäischen Union an die Beratende Versammlung gehen. Auch hat Außenminister Schuman, soviel man weiß, von seinem Kabinett die Zustimmung zur Einbringung seines Projektes - als Mitglied des Ministerkomitees des Europarates - nicht erhalten. Trotzdem wird in Straßburg von seinem Vorschlag auch in dem Bericht des Ausschusses über die politische Lage in Europa die Rede sein. Die Vertreter der deutschen Regierungsparteien haben, wie aus dem Antrag ihrer

Fraktionen im Bundestag hervorgeht, wieder einmal die Absicht, die Verfassung einer europäischen Föderation auszuarbeiten. Sie machen damit Europapolitik in Wolkenkuckucksheim. Ein Antrag ihres bisherigen Kollegen von Campe auf Ausarbeitung einer europäischen, föderativen Verfassung ist von dem politischen Ausschuss der Versammlung gerade im September bei der Beratung eines neuen Statutentwurfs für den Europarat als jenseits der realpolitischen Möglichkeiten liegend abgetan worden. - Als Maßnahmen, die im Bereich des Möglichen liegen, haben sich aus den Beratungen des politischen Ausschusses allein ergeben:

1. Ein erneuter Appell an England, durch aktive Mitarbeit den Zusammenschluß ganz Europas zu ermöglichen;
2. In den Regierungen der Mitgliedstaaten Minister oder Staatssekretäre zu ernennen und sie zu einem häufig und periodisch tagenden konsultativen Kollegium zusammenzuschließen, das für bestimmte Verhandlungen mit dem übermächtigen atlantischen Partner USA von Fall zu Fall einen gemeinsamen Verhandlungsführer wählen könnte;
3. Der Vorschlag Guy Mollets, zum Frühjahr eine Ministerkonferenz der Mitgliedstaaten einzuberufen, die angesichts der Schwierigkeiten wirtschaftlicher und politischer Art in allen Mitgliedstaaten und angesichts der wachsenden Schwäche eines jeden Einzelnen gegenüber den USA, der europäischen Einigung einen neuen Impuls geben soll.

Dabei ist man sich im klaren, daß es eine törichte Hoffnung wäre, von einer solchen Konferenz die Schaffung einer wirklichen Föderation zu erwarten. Sie könnte im besten Fall dem neuen Statut ihre Zustimmung geben, das jetzt der Versammlung in Straßburg unterbreitet wird. Es basiert auf den Vorschlägen des englischen Labour-Delegierten Mackay, durch die dem Europarat unter Beibehaltung des Vetos im Ministerrat die Möglichkeit gegeben werden soll, europäische Gesetze oder Konventionen auszuarbeiten und außerdem die Anfänge einer europäischen Exekutive zu schaffen.

Die deutschen Sozialdemokraten stehen zu ihrem Bekenntnis zu einer gesamteuropäischen Föderation. Sie stehen auch zu den Beschlüssen ihres Parteivorstandes und der Comisco gegen eine kleineuropäische, kontinentale Föderation. Sie werden, wie bisher, Ja sagen zu allen Schritten, die uns unter der Voraussetzung gleicher Opfer, gleicher Risiken und gleicher Chancen dem erstrebten Ziele näherbringen. Und sie werden auch in Zukunft Nein sagen zu den Versuchen, Besatzungsstatut und Besatzungsinstitutionen in europäischem Gewande neu aufzulegen.

+ + +

Italiens Intellektuelle und der Kommunismus

v. sch. - Rom, Mitte November

Die politische Lüge in Frankreich und in Italien weist so viele Ähnlichkeiten auf, daß man annehmen müßte, die pessimistischen Ausführungen, die kürzlich an dieser Stelle in einem Bericht aus Paris über den wahrhaft erschreckenden Einfluß des Kommunismus auf die intellektuellen Schichten in Frankreich zu lesen waren, treffen auch ohne weiteres für Italien zu. Zum Glück ist das nicht, oder nicht mehr so sehr, der Fall.

In den ersten Jahren nach dem Krieg war der kommunistische Einfluß auf diese Schicht ziemlich stark. Das war nicht zuletzt auf die überaus geschickte Taktik des Kommunistenführers Palmiro Togliatti zurückzuführen, der den größten Wert darauf legte, in seinen Umgangsformen und in seinem Stil den vornehmen Kulturmenschen herauszukehren und den Eindruck zu erwecken, als wäre der Kommunismus lediglich eine etwas militantere Form des fortschrittlichen Antifaschismus. Der Kommunismus sollte gewissermaßen nichts anderes sein als das stärkste Bollwerk gegen die autoritäre Despotie der katholischen Kirche in den Fragen der Kunst, Literatur und wissenschaftlichen Forschung. Viele Künstler, Schriftsteller und Akademiker fielen darauf herein, ließen sich gern in der Gesellschaft kommunistischer Führer oder bei Empfängen auf der russischen Botschaft sehen und gaben ihre Namen für alle möglichen "Überparteilichen" Ehrenausschüsse und Aufrufe her.

Ein großer Teil der Neubekehrten ist bei dieser neuen Weltanschauung geblieben, doch waren es nicht immer die besten und sympathischsten Elemente. Es gibt nur wenige unter den jüngeren Intellektuellen, die sich nicht in irgendeiner Form und zu irgendeiner Zeit mit dem faschistischen Regime identifiziert und kompromittiert haben. Das wäre an sich erklärlich und entschuldbar bei Menschen, die in ihrer Kind- und Jugendzeit nichts anderes gekannt haben als den massolinischen Staat. Aber gerade diese sind es zum großen Teil gewesen, die sich nach dem Umsturz in den Jahren 1943-45 am Eifrigsten und Radikalsten als Kommunisten vordrängten. Die Redaktionen

der kommunistischen Presse und die Fraktionen der kommunistischen Partei in beiden Häusern des Parlaments sind voll solcher, die eine Form der Diktatur gegen die andere mit Begeisterung eingetauscht haben. Das hat viele andere Intellektuelle abgestoßen, besonders unter den Älteren und Nichtkompromittierten.

Von 1947 an zeigte der italienische Kommunismus sein wahres Gesicht, sehr gegen den innern Wunsch Togliattis, der es bestimmt vorgezogen hätte, weiter zu lavieren und noch ein paar Jahre lang die Rolle des vornehmen Fortschrittlers zu spielen. Die italienische KP wurde plötzlich - und zwar kaum war sie aus der Koalitionsregierung hinauskomplimentiert worden - zum blinden Werkzeug der russischen Außenpolitik. Die Servilität ihrer Presse gegenüber allem Russischen wurde so ekelerregend, daß immer mehr Intellektuelle sich teils stillschweigend von der kommunistischen Bewegung zurückzogen, teils mit Eklat sich von ihr lossagten. Viele verstanden nun plötzlich, was sie zunächst lange Zeit nicht hatten begreifen können, nämlich die befreiende Gewissenskrise eines André Gide, eines Arthur Koestler oder ihres Landsmannes Ignazio Silone.

Gewiß ist es nur eine Minderheit der kommunistischen Intellektuellen der Nachkriegszeit, die sich zum Paulus veredelten. Aber daß sie überhaupt in nennenswerter Zahl sich von den moskowitzischen Fangarmen rechtzeitig und aus freiem Antrieb losgelöst haben, ist schon bemerkenswert. Andere dagegen bleiben dabei und ihre etwaigen Bedenken werden durch hohe sowjetrussische Abdrucks- und Übersetzungshonorare, Tantiemen und Bilderkäufe oder Gratisreisen nach Rußland, Polen und der Tschechoslowakei beschwichtigt.

Der erwähnte Pariser Bericht unterstrich ganz besonders den hohen Prozentsatz der französischen Universitätsprofessoren, die zu Handlangern der kommunistischen Propaganda geworden sind. Solche gibt es an den italienischen Universitäten natürlich auch, aber nur in beschränkter Zahl. Die meisten Dozenten wollen ihre Ruhe haben und, soweit sie sich überhaupt politisch äußern, ziehen sie gemäßigtere Richtungen vor. Es würde ihnen bei der großen Mehrzahl ihrer Studenten auch gar nicht gut bekommen, sich kommunistisch zu exponieren. Denn gerade in Italien besteht bei der Studentenschaft die umgekehrte Gefahr: Bei ihr ist nicht der kommunistische Einfluß im Wachsen, sondern der neofaschistische.

Ostzonen-Arbeiter werden verschachert

6. Das dem neuen Handelsvertrag zwischen der Ostzone und der Sowjetunion angegliederte Zusatzabkommen über umfassende technische-wissenschaftliche Zusammenarbeit ist von der Öffentlichkeit kaum beachtet worden. Inzwischen sind über dieses "Zusatzabkommen" viele höchst bemerkenswerte Einzelheiten bekanntgeworden, die samt und sonders einen weiteren Schritt zur Auspowerung und Ausnutzung des Menschen- und Industriepotentials der Sowjetzone bedeuten.

Danach wird die vorgesehene "technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit" zwischen der Ostzone und der UdSSR höchst einseitig zugunsten der Sowjetunion verlaufen. Beispielsweise ist die Ostzone zukünftig verpflichtet, alle maßgeblichen technischen Dokumente, Zeichnungen und Beschreibungen restlos der SU zur Verfügung zu stellen. Die ostzonalen Labors und Forschungsinstitute haben den sowjetischen Kommissionen jederzeit auf Anforderung alle wichtigen Ergebnisse bekanntzugeben, und zwar n u r den sowjetischen Stellen. Jede bedeutende Erfindung, die im Bereich der Sowjetzone gemacht werden sollte, findet sofort ihren Weg zu interessierten Sowjetorganen. Andererseits werden sich die sowjetischen Instanzen erfahrungsgemäß sehr hüten, ihrerseits Erfindungen und technische Neuerungen den ostzonalen Produktionsstätten zu übermitteln. Das alles ist nicht neu - aber heute Gegenstand eines "Vertrages" geworden.

Von einschneidender Bedeutung erscheint jener Paragraph, wonach den sowjetischen Kommissionen jederzeit die Besichtigung von Produktionsanlagen und das Studium von Arbeitsprozessen gestattet sein muß, womit praktisch eine Generalkontrolle über die gesamte ostzonale Industrie und Wirtschaft gegeben ist. Den Höhepunkt aber stellt die Verpflichtung der Ostzone dar, jederzeit "den Austausch von Fachkräften sowie die Erstellung ganzer Industrieanlagen in der UdSSR durch deutsche Aufbaubetriebe zuzustimmen". Damit ist der nunmehr gesetzlich verbrieften Verschacherung von ostzonalen Facharbeitern und Spezialkräften Tor und Tür geöffnet. Daß daneben diese Fachkräfte komplette Industrieanlagen in der Sowjetunion zu errichten haben, ist ein weiterer Beweis für die laufende Ausnutzung der ostzonalen Industriekapazität durch die Sowjetunion und daß die Sowjetzone zu einem einflußlosen Satelliten"staat" degradiert worden ist.

Landtagswahlen an der Saar im Frühjahr 1952 ?

x.-Saarbrücken

Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, wurde zwischen dem Saarministerpräsidenten Hoffmann, dem französischen Hohen Kommissar Grandval und dem Vorsitzenden der oppositionellen SPS, Richard Kirn, ein Übereinkommen darüber erzielt, daß die nächsten Landtagswahlen an der Saar, die im Herbst 1952 fällig wären, auf das Frühjahr des kommenden Jahres vorverlegt werden. Man glaubt, daß bei einer Vorverlegung der Wahl die Chancen der jetzt bestehenden Parteien größer sind und man leichter, als dies im Herbst der Fall wäre, eine demokratische Legitimation für die nächsten sechs Jahre erhalten könnte.

Um eine - wenn auch nur scheinbare - Möglichkeit der freien Entscheidung für die Bevölkerung zu schaffen, beabsichtigt man in Kreisen um Hoffmann, eine oder zwei neue Parteien zuzulassen, die sich allerdings vor der offiziellen Gründung mit der Präambel der Saarverfassung, d.h. mit der politischen Lostrennung der Saar von Deutschland, einverstanden erklären müßten. Als Gründer einer solchen Partei werden u.a. der frühere CVP-Wirtschaftsminister Dr. Franz Singer und der CVP-Ehrenpräsident Bartholomäus Kossmann genannt. Der Versuch des DPS-Abgeordneten Radciewski, eine demokratische Partei ohne Richard Becker und Rechtsanwalt Schneider wiederzugründen, darf als fehlgeschlagen angesehen werden.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, daß die Wahlen nur in einem Wahlkreis, dem Wahlkreis I Saarlouis-Merzig-Wadern durchgeführt werden. Der Artikel 69 der Saar-Verfassung läßt diese Möglichkeit zu. Es heißt dort u.a.: "Der Landtag wird nach Ablauf der ersten auf fünf Jahre festgesetzten Legislaturperiode kreisweise gewählt. Danach finden alle zwei Jahre in einem der drei Wahlkreise Neuwahlen für sechs Jahre statt".

Für die Absicht der Regierung, nur in einem Wahlkreis wählen zu lassen, spricht auch die Tatsache, daß in dem Gebiet von Saarlouis-Merzig-Wadern erhebliche Staatsmittel für Wohnungsbau und Städtebau aufgewandt werden. Die einseitige Bevorzugung dieses Kreises bei der Verteilung von Staatsmitteln sieht man als geschickte Propaganda der CVP-Regierung für die kommende Wahl an.

Polen schafft vollendete Tatsachen

(sp) Neben dem industriellen Ausbau der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße wird vom polnisch-kommunistischen Regime insbesondere der Aufbau der Schulen und Lehranstalten mit großer Energie vorangetrieben. Für die neugeschaffenen Bildungsstätten werden nur ausgewählte Lehrkräfte, die vorher eine eingehende kommunistische Schulung in den Lehrerseminaren Polens und Rußlands durchgemacht haben, zugelassen. Besonderen Wert wird darauf gelegt, daß die Schüler in Internaten untergebracht werden, wo sie der kommunistischen Erziehung völlig ausgeliefert sind. Die Internate werden von besonders ausgewählten Politruks geleitet.

Zu einem Mittelpunkt des polnischen Hochschulwesens ist Breslau geworden, wo es in verschiedenen Lehranstalten bereits 16000 Studenten gibt. In Stettin wurden eine Ingenieurschule, eine medizinische Akademie und eine Wirtschaftshochschule eröffnet; in Danzig gibt es bereits sieben Hochschulen und in Allenstein wird eine Landwirtschaftshochschule gebaut. Die Büchereien aller dieser Lehranstalten werden mit kommunistisch ausgerichteter Literatur versehen, alle nicht linientreuen wissenschaftlichen Werke werden ausgemerzt.

Nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller Hinsicht macht also Polen alle Anstrengungen, in den deutschen Ostgebieten vollendete Tatsachen zu schaffen.

+ + +

Die "faustdicke Lüge"

(sp) Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer, Düsseldorf, hat eine Pressemeldung verbreitet, die u.a. die Behauptung enthält, der Deutsche Mieter-Bund habe mit dem Ziele der "Irreführung der Öffentlichkeit" und der "Aufwiegelung der Massen" die falsche Behauptung aufgestellt, daß der Althausbesitz eine 40%ige Mieterhöhung gefordert habe. Diese Pressemeldung lasse jede Sachlichkeit und Objektivität vermissen, sie sei in der Tagespresse bzw. auch in der Hausbesitzerpresse unter den Überschriften "Faustdicke Lügen", "Volksverhetzung" etc. verbreitet worden.

Dazu stellt der Deutsche Mieter-Bund, Köln, fest: "Der Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer hat lt. einem Eigenbericht der 'Schleswig-Holsteinischen Zeitung' vom 17.9.51 auf einer Tagung in der Kieler Pädagogischen Hochschule am 16.9.51 u.a. erklärt: 'Die Mieter müssen unbedingt um 40% erhöht werden. Da dies aber nicht auf einen Schlag geschehen kann, ist eine sofortige Mieterhöhung von 20% unumgänglich ...'"

Wenn nunmehr der Versuch unternommen wird, die Zusammenhänge so darzulegen, als ob der Hausbesitz niemals an eine Erhöhung der Altmieten um 40% denke, so steht diese Erklärung im schroffen Widerspruch zu der vorstehenden Veröffentlichung. Entscheidend ist nicht die Forderung auf sofortige Erhöhung um 20%, sondern die Tatsache, daß diese 20%ige Erhöhung nur eine à conto-Zahlung auf die weiterhin geforderten Erhöhungen sein soll".

+ + +

 Verantwortlich: Peter Raunau